

[2015 = 20 Jahre EIIW/preisgekrönte Analysen, weltweite Vernetzung](#)

[30.3.2016](#) NeuesEuropa2020 #Euroland



*Sicherheitspolitische Zentralisierung nötig, *EU-Hauptstadt verlegen, *Belgiens UK-Beitritt?

Wir haben genug vom Terrorismus und unfähiger Sicherheitspolitik in EU-Ländern

In der Europäischen Union leben zu Beginn des 21. Jahrhunderts gut 510 Millionen Menschen und sie fühlen sich seit 2015 in einer neuen, verschwommenen, zunehmenden Lebensgefahr durch Terrorbedrohung. Dieses Europa – inklusive Russland und Türkei – hat zwei Weltkriege im zwanzigsten Jahrhundert überlebt, eine grosse Wirtschaftsdepression in den 1930er Jahren; dann Anfang des 21. Jahrhunderts auch noch eine Transatlantische Bankenkrise, die den Westen im Oktober 2008 an den Rand eines ökonomischen Totalabsturzes gebracht hat. 2015/2016 gab es die massiven islamistischen Terrorakte gegen Paris – das globale Touristenzentrum - und Brüssel, wobei islamistische Radikalisierungen über das Internet und eine völlig unzureichende Terrorabwehr die terroristischen Aktionen begünstigten. Die Terrorakte in Brüssel – in der Metro und am Flughafen - sind nicht nur gegen die Bevölkerung gerichtet, sondern unmittelbar gefährlich für die EU und ihre Institutionen, die schwerpunktmäßig in der belgischen Hauptstadt angesiedelt sind. Man kann speziell mit Blick auf Brüssel sagen: Es reicht - soviel sichtbare Unfähigkeit von Polizei und Sicherheitsbehörden in Belgien ist ein europagefährdender Skandal. Diese in Brüssel sichtbar gewordene Schlamperei von Behörden ist mit für die große Zahl von Toten und Verletzten vom 22. März 2016 verantwortlich. Dabei sind Menschen aus fast 40 Ländern betroffen. Die Bürgerinnen und Bürger in der EU wollen Sicherheit vor Terrorismus und was die USA schaffen, können die EU-Länder eigentlich auch, aber nicht mit den dezentralisierten Strukturen der Sicherheitspolitik. Notwendig ist eine neue zentralisierte EU-Sicherheitspolitik und eine Politikunion, wobei zudem EU-Institutionen aus Brüssel abzuziehen sind, wenn die Sicherheitsbehörden dort nicht ganz rasch zu einer sehr professionellen und erfolgreichen Arbeit finden. EU-Integration ohne sicher arbeitende EU-Institutionen ist unmöglich.

Am 11. September 2001 begann in New York eine internationale Aggressionsphase des islamistischen Terrorismus, der seit der Neuerfindung dieser nihilistischen Kampfform im späten 19. Jahrhundert in Russland auf die brutale zerstörerische Mordaktion setzt: einen narzistisch inszenierten mörderischen Willkürakt. Das heißt nicht, dass es auf Täterseite nicht auch Motive gibt, die man forschungsseitig untersuchen und politisch sowie polizeilich beachten sollte. Es gibt soziologische, ökonomische und religiöse Zusammenhänge, die schon in der Forschung thematisiert worden sind. Völlig unakzeptabel ist die Unterdimensionierung der belgischen Geheimdienste und der Polizei sowie die 2016 sichtbar gewordene Pannenserie, die auch ein Politikversagen in Belgien darstellt. Ein belgischer Staat, der die Sicherheit der Bürgerschaft und der Touristen und Geschäftsleute nicht sichern kann, dessen Polizei und Geheimdienste zu klein und desorganisiert sind, kann zerbrechen und keinesfalls könnte Belgiens Hauptstadt bei einer auch nur kurzfristigen Fortdauer der skandalösen Zustände weiter Hauptstandort der EU-Institutionen sein. Die Unfähigkeit der Behörden, einer Woche nach dem Airport-Attentat in Brüssel den Flughafen wieder eröffnen zu können (geplante Wiedereröffnung am 30.3 wurde wegen Sicherheitsbedenken abgesagt), behindert die Arbeitsweise der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlamentes, des Europäischen Rechnungshofes, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Rates mit ihren zahlreichen Dienstgebäuden in Brüssel und Tausenden von Beschäftigten plus Beratern. Es rächt sich hier auch die Unterdimensionierung des EU-Etats, der für eine faire und notwendige Co-Finanzierung des belgischen Sicherheitsbudgets für Brüssel keine nennenswerten Mittel bereit stellt.

Die Europäische Union muss im umfassenden Sinn auch eine Sicherheitsunion sein, sonst kann die EU als Gemeinschaft nicht überleben. Für eine Sicherheitsunion sind ausreichend Finanzmittel bereit zu stellen und diejenigen Staaten, die der EU Budgetkürzungen um 20% nach der Transatlantischen Bankenkrise aufgezwungen haben, sind für die Sicherheitsmisere in Brüssel mit verantwortlich. Die Hauptforderung nach Kürzungen kam ausgerechnet aus London, denn die britische Regierung meinte, dass in einer Zeit, wo sie wegen der selbstverschuldeten Bankenkrise (mit den USA als eigentlichen Mitverursacher) nationale Ausgabenkürzungen zur Defizitbegrenzung vornehmen müsse, sei auch eine Etatkürzung bei der EU angezeigt. Diese Haltung, die sich Finanzminister Schäuble damals zu eigen machten, war in keiner Weise sachgerecht und letztlich hochgradig gefährlich. Die EU-Mittel sollten nachhaltig und mit einem deutlichen Fokus auch auf Sicherung der Außengrenzen der EU sowie Sicherung der EU-Institutionen bzw. von Brüssel aufgestockt werden, wie überhaupt ein Mehr an Sicherheit eine teilweise sofortige Zentralisierung bzw. umfassende Kooperation von Geheimdienstaktivitäten verlangt. Die Alternative für Belgien – und andere EU-Länder – wäre ein Beitritt zum Vereinigten Königreich (oder zu den USA), wo Geheimdienste und Polizei über viele Jahre zuverlässig ihre Bürgerschaft und Touristen sowie Geschäftsleute aus aller Welt seit 2006 haben schützen können. Der Flandern-Teil Belgiens könnte grundsätzlich der Niederlande beitreten, aber ob der französischsprachige Teil, Wallonien, zu Frankreich mit seinen anhaltenden ungelösten Sicherheitsproblemen beitreten wollte, ist unklar; die britische Option wäre erwägenswert.

Die USA, weltweit als Militärmacht aktiv, waren 2001 Zuhause unzureichend vorbereitet auf Terrorattacken, obwohl sie seit dem Anschlag im Parkhaus des World Trade Centers einige Jahr zuvor hätten gewarnt sein müssen. Danach aber haben die USA die Sicherheitspolitik massiv verstärkt, ebenso Großbritannien nach dem Terroranschlag von 2005. Mit den gegen Paris und Frankreich bzw. die Meinungsfreiheit und westliches Leben in Europa gerichteten Terrorattacken von 2015 hat der islamistische Terrorismus das geographische Zentrum der EU ins Visier genommen; und mit den Terrorattacken vom 22. März 2016 die Hauptstadt der Europäischen Union angegriffen. Mit ihren bildmächtigen fragwürdigen TV-Nachrichtenschleifen zu den Brüsseler Terrorakten spielen (nicht zum ersten Mal) viele Fernsehsender die Rolle eines naiven Terror-Multiplikators – verantwortlich wäre indes kluge Selbstbeschränkung mit reinen Textnachrichten zu Terrorattacken. Über diese bei ruhiger Analyse erkennbar wichtige Thematik mag aber in der Politik niemand sprechen, über die Frage eines Abzugs der EU-Institutionen aus Brüssel auch nicht. Bequemes Schweigen aber hilft nicht weiter. Es wird nur zur Angst noch eine Gefühl von anhaltender Unfähigkeit zu Bewältigung der bestehenden Probleme hinzufügen: Da droht die Selbsterstörung der EU aus Angst vor der Wahrheit und fehlendem Mut zur Problemlösung.

Schon morgen kann jede andere EU-Großstadt von einer Horde narzistischer islamistischer Kleinkrimineller mit Terror-Mordlust im Hinterkopf angegriffen werden und wieder werden Politik und Behörden die Menschen, unsere Mitbürger, womöglich nicht gut schützen; und vermutlich werden alte Kommentatoren wieder schreiben, dass wir nun in Europa eben unvermeidlich die Terrorattacken erleben, die es auch in Kriegs- und Bürgerkriegsländern im Nahen Osten gibt. Aber die EU muss denselben Anspruch haben wie die USA - Terrorfreiheit. Klar ist, dass Terror-Abwehr nicht nur eine Aufgabe für Geheimdienste und Polizei ist, sondern es geht auch um ökonomische Fragen. Der niederländische Terror-Forscher Eddi Bakker hat auf die kleinkriminelle Vergangenheit eines hohe Anteil islamistischer Terroristen in Europa in einer Studie 2013 verwiesen. Basis der Kleinkriminalität in Frankreich und Belgien ist u.a. eine zwanzigjährige hohe Jugendarbeitslosenquote; diese ist ihrerseits stark durch überhöhte Mindestlohnsätze verursacht, die die Politik im jeweiligen Land unverantwortlicher Weise gesetzt hat. In Frankreich ist der Mindestlohnsatz so absurd hoch – 2015 bei fast 10 € pro Stunde –, dass der Staat unter Präsident Hollande hohe Subventionen an Unternehmen für jeden Mindestlohn-Beschäftigten zahlt. Das allein gibt schon eine Defizitquote von 1%, was die Forschungssubventionen des Staates in Frankreich übersteigt. Es ist natürlich nicht nur verfehlte Wirtschaftspolitik, die zu islamistischem Terrorismus beiträgt. Aber die Grundproblematik eines national einheitlichen und dabei zu hohen Mindestlohnsatzes ist in der

Tat nicht zu übersehen; dieses Problem ist politisch unbequem, aber ohne eine kluge Bestandsaufnahme kann keine Sicherheit realisiert werden, gefährdete muslimische Jugendliche nicht in die Gesellschaft positiv integriert werden.

Europa ist, richtig organisiert, eine stolze machtvolle Länderfamilie und Verantwortungs-Nation, die sich gegen Terrorismus wehren kann: Natürlich nicht mit handlungsunwilligen und zum Teil auch inkompetenten Politikern, die auf manchen Positionen sitzen. Im Übrigen kann schon gar nicht der Schulterschluss mit den von eingebildeten Ängsten zu Euro und Bankenkrise geprägten AfD-Führungsköpfen (allen voran Jörg Meuthen) empfohlen werden, denn kühles kompetentes Handeln ist gefragt. AfD ist teilweise offen ausländerfeindlich. AfD-Akteure würden mit dumpfem Aktionismus in Verbindung mit islamfeindlichen Pegida-Gesellen womöglich nur die eigene Ausländerfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft zelebrieren. Mit den muslimischen Mitbürgern gibt es gute Möglichkeiten für gemeinsames Handeln gegen Terrorismus, sofern keine Vorurteile bestehen. Es bedarf des Dialogs der Religionen und der Toleranz; gegenseitiger Respekt ist notwendig und angebracht.

Sicherheitspolitische Schlamperei und die Konzeptionslosigkeit der bisherigen Politik sind abzulehnen. Alle Metro-Stationen können durch Scanner am Eingang – wie bei Flughäfen – und Polizei geschützt werden. Die Bevölkerung, die Arbeitnehmer, die Touristen und die Geschäftsleute sowie Politiker und die Metro-Beschäftigten müssen das Brüsseler Metro-Netz zu jeder Zeit sicher benutzen können. Der Aufwand ist überschaubar, technisch können die Maßnahmen sofort umgesetzt werden; in Peking sind Metro-Stationen längst geschützt.

Es ist auch notwendig, ganz anders gegen radikale Islamisten und ihr Umfeld vorzugehen. Sämtliche von Saudi-Arabien finanzierte Schulen und Moscheen in der EU sind zu prüfen auf ihre Schulbücher-Inhalte und Predigten-Texte; es sollten künftig nur von der Europäischen Union genehmigte Schulbuchtexte an international finanzierten Schulen eingesetzt werden. Der SPIEGEL schrieb schon vor Jahren kritisch über die Saudi-Schule in Bonn – als Außenminister Fischer zu duckmäuserisch war, gegen die menschenverachtenden Schultexte einzuschreiten. Karl Poppers aufklärendes Buch von 1934, nämlich Logik der Forschung, das eine klare Erklärung zur Unterscheidung von Religion und Wissenschaft gibt, wäre zudem endlich ins Arabische zu übersetzen: eine Sofortaufgabe für die Kulturabteilung der EU-Kommission.

Die ganze europäische Kleinstaaterei ist zu beenden und ein für alle Euro-Länder verbindliches zentralisiertes Heimatverteidigungskonzept zu entwerfen, das Terrorangriffe wirksam und nachhaltig verhindert. Die bisherige Kleinstaaterei und der Kompetenzwirrwah in der EU ist unerträglich und steht für fortgesetztes Politikversagen. Niemals hätten die USA hohe Sicherheitsstandards, wenn sie eine dezentralisierte Anti-Terrorabwehr hätten. Zu den in Europa dringend notwendigen Änderungen gehört auch eine gemeinsame EU-Flüchtlingspolitik – keinesfalls darf sich die wirre Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Merkel aus 2015 wiederholen, die ohne jedes politische Risikomanagement und völlig unprofessionell in der Vorbereitung sowie ohne vorige Abstimmung mit den EU-Partnern und der Europäischen Kommission erfolgte: Eine gesinnungsethisch aufgeladene Stegreif-Politik ohne Verstand, die absehbar abertausendfach lückenhafte Erfassungen der Identität der Einreisenden nach Deutschland brachte, bedeutet eben auch, dass neue Terrorgefahren für Deutschland und ganz Europa entstanden. Im Übrigen, man denkt unwillkürlich an den Kanzler-Amtseid mit Fragezeichen.

Gefragt sind kluge und verantwortungsvoll handelnde Politiker, die jedes Metro-System in Deutschland und der EU sichern und erst Recht jeden Flughafen, Hafen und Busbahnhof. Europa darf sich Terrorismus nicht bieten lassen und Überwachung von Telefonen und Internet sowie des öffentlichen Raumes müssen so wie in den USA und Großbritannien erfolgen. Die großen Parteien in der EU sollen sich endlich zu echten Euroland-Parteien zusammenschließen und ein frei gewähltes Euroland-Parlament wäre für die Zukunft dringend gefordert: Mit Euroland-Regierung und voller Verantwortlichkeit einer parlamentarischen Regierung. Polizeibeamte und Sicherheitskräfte auf Euroland-Ebene sollen eingestellt werden. Wer bei der Bekämpfung des Terrorismus Dienstpflichten verlässt, wird – so muss die Verfassung festlegen – aus dem

Staatsdienst entlassen. Die Länder der Eurozone, die beim Projekt Sicherheit in einem gemeinsamen Euroland nicht mitwirken wollen, sollten keinen freien Reiseverkehr und keinen Transportverkehr ohne Grenzkontrollen haben: Also Schengen-Abkommen notfalls à la Carte.

Europa soll in Euroland seine Demokratie, Freiheit, Kultur und Rechtstradition sowie die Marktwirtschaft verteidigen und natürlich dabei eine gemeinsame Verteidigung und Terrorabwehr haben. Die Politik sollte eng an den Willen der Bürgerinnen und Bürger gebunden sein, Parlamentswahlen sollten daher alle drei Jahre stattfinden. Die Ausreise von Euroland-Bürgern in Kriegsgebiete und die Beteiligung an Kriegshandlungen ist lückenlos zu erfassen und unter schwere Strafen zu stellen; bis hin zur lebenslanger Verbannung sowie Aberkennung der Staatsbürgerschaft. Euroland, richtig organisiert, steht für Wohlstand, Rechtsstaat, Marktwirtschaft und durchsetzungsfähige Politik, die Sicherheit bringt.

Die unzureichende Terrorbekämpfung hat 2015/2016 fast 200 Menschen in der Europäischen Union das Leben gekostet; die Kosten schlechter Terrorbekämpfung betragen in der Eurozone in 2015 mehr als 100 Mrd. €, wenn man von Terrorbekämpfungskosten von 51 Mrd. € ausgeht und pro Todes-Opfer von Terroranschlägen hilfsweise 5 Millionen Euro ansetzt – inklusive Leid der Angehörigen. Es gibt darüber hinaus für alle Europäer einen Verlust an Lebensqualität, nämlich in Form eines verminderten Sicherheitsgefühls auf dem Weg zur Arbeit und beim Konsum in der Eurozone, wobei dieser Verlust mit 0,5% des Bruttoinlandsproduktes angesetzt sei; also 50 Mrd. €. Die Terrorkosten betragen also mindestens 1% des Bruttoinlandsproduktes der Eurozone. Es gibt weitere ökonomische Terrorkosten in der Form verminderter Zuflüsse von Direktinvestitionen, wobei dies einerseits besonders Frankreich und Belgien in 2015/2016 betrifft – und einige Ausweich-Direktinvestitionen werden sicher auch in andere Euro-Länder gehen; aber der Gesamt-Eurowirtschaftsraum wird von ausländischen Investoren als höher riskant eingestuft und in den üblichen Standortprüflisten werden tatsächlich auch Kriminalitäts- und Terrorrisiken mit abgefragt. Lasche Anti-Terrorpolitik auf EU-Kontinent kann im Übrigen auch Zusatzargument für BREXIT sein.

Klar ist: Der Terrordruck in Frankreich und Belgien ist groß wegen seit Jahrzehnten hohen Jugendarbeitslosenquoten – diese sind so hoch wegen eines zu hohen Mindestlohnsatzes; letzteres ist ein strukturelles Problem der Politik, die aus ideologischen Gründen für einen hohen landesweit einheitlichen Mindestlohnsatz steht und damit ist klar, dass gewissermaßen in der Pipeline weitere islamistische Anschläge stecken: Alle Attentäter in Frankreich und Belgien waren in der Altersgruppe von 18 bis 34 Jahren. Natürlich spielt nicht nur die hohe Jugendarbeitslosenquote eine Rolle für islamistischen Terrorismus, aber sie ist ein wichtiger Einflussfaktor. Wenn man die Relation von „Auslandskämpfern“ zur moslemischen Bevölkerung nach LKänder betrachtet, dann standen 2015 fünf frankophone Länder weltweit vor; natürlich inklusive Frankreich und - ganz oben – Belgien. Es geht aber nicht (wie die Brookings Institution in einer Research Note meinten) um französisch-kulturelle Einflüsse, sondern eben um die hohen Jugendarbeitslosenquote. Die aber hat der Staat über mehr als zwei Jahrzehnte mit seiner Mindestlohnpolitik selbst erzeugt; in Frankreich weiß die Politik auch ganz klar, dass der 2016 bei fast zehn Euro liegende national einheitliche Mindestlohnsatz viel zu hoch ist, denn die Firmen mit Mindestlohn-Beschäftigten erhalten hohe Subventionen – in der Summe 1% des Bruttoinlandsproduktes, deutlich mehr als der Staat für Forschungsförderung ausgibt. Belgiens Jugendarbeitslosenquote ist wie die von Frankreich dreifach so hoch wie in der Schweiz und doppelt so hoch wie in Deutschland, und zwar seit zwei Jahrzehnten.

Die Torgorgefahren, die also letztlich der Staat in Frankreich und Belgien mit verursacht hat, haben schon zu einem Sinken der Direktinvestitionen in Frankreich und vermindertem Wirtschaftswachstum sowie erhöhter Arbeitslosigkeit geführt: Es besteht also in Frankreich die Gefahr einer sich selbst verstärkenden Jugendarbeitslosigkeit. Direktinvestitionen, also die Investitionen multinationaler Unternehmen sind seit 1990 für die OECD-Länder zunehmend wichtig geworden; Frankreich hat in diesem Bereich zeitweise profitiert, aber das Land dürfte ebenso rasch nun unter verminderten Zuflüsse und einer damit verbundenen reduzierten Investitionsquote und weniger Innovationsdynamik leiden. Wenn Flughäfen und Metro-

Stationen in Paris und Brüssel als unsicher gelten müssen, ist das massiv negative Standortwerbung.

Wenn Arbeitnehmer und Touristen sowie Geschäftsleute in Brüssel nicht mehr gefahrlos mit der U-Bahn fahren können, so wird sich durch Umsteigen auf Taxi-Fahrten bei Geschäftsleuten und Touristen der ohnehin notorische Verkehrsstau in Brüssel weiter verschärfen, was Wohlfahrtsverluste durch höhere Emissionen und Stauzeiten bedeutet. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Normalbürger, die meist die Metro zur Arbeit benutzen, sind die am meisten Schutzlosen in Brüssel, wenn die Sicherheitsorgane versagen bzw. Terrorangst sich ausbreitet. Zusatzkosten im Gesundheitssektor insbesondere durch terrorangstbedingte Krankheitsfälle und entsprechende Minderproduktion in der Wirtschaft kommen hinzu, wobei hier auch die Krankheitskosten der Terrorverletzten zu bedenken sind.

Das Maß ist voll: Es reicht mit dem Behörden- und Politikversagen in Sachen Terrorbekämpfung in einzelnen Ländern der Eurozone. Wenn Belgien die Sicherheitsstandards nicht sehr drastisch erhöht, so sollten alle seine Nachbarländer scharfe nationale Grenzkontrollen gegenüber Belgien errichten; die EU-Behörden sind zudem aus Brüssel dann zügig in einem geordneten Verfahren abzuziehen. Wenn die belgischen Behörden und die Politik Belgiens nicht energisch, sorgfältig und verantwortungsvoll arbeiten kann oder will, dann können mittelfristig auch weitere Solidaritätsüberlegungen mit Brüssel nur als abwegig bezeichnet werden: Brüssel bzw. Belgien haben durch den EU-Quasi-Hauptstadtstatus hohe ökonomische Vorteile und natürlich auch eine große Verantwortung. Es muss möglich sein, dass Studierende (der Autor dieser Zeilen konnte eine 2015 geplante Brüssel-Fahrt mit einer internationalen Studierendengruppe wegen Terrorgefahren nicht antreten – das Negativecho von einer solchen Exkursionstreichung geht in die ganze Welt), normale Bürgerinnen und Bürger, Geschäftsleute und Touristen die europäische Hauptstadt ohne Gefahr für Leib und Leben besuchen können. In dieser Frage kann es keine Sicherheitskompromisse geben. Sonst werden das EU-Ansehen weltweit und die Funktionsfähigkeit der EU nachhaltig geschädigt. Es hat bisher den Anschein, als sei den Staats- und Regierungschefs der EU-Länder der Ernst der Lage nicht wirklich klar. Wenn die Politik nicht zügig sehr energisch handelt, werden sich im Übrigen bald radikale Bürgerwehren bilden und das ganze Rechtssystem der EU wird entgleisen.

Viel zu lange schon sind große Schwachpunkte der Sicherheitspolitik in EU-Ländern und der Mangel an Datenaustausch mit Europol bzw. an Kooperation in Europa bekannt. Den etwa 2000 Gefährdungen in der EU durch unzureichende Anti-Terrorpolitik faktisch das Schicksal von 510 Millionen Menschen in die Hand zu geben, ist undenkbar. Dann aber muss die Politik auch endlich energisch, kooperativ und zentralistischer bei der Anti-Terrorabwehr handeln. Ein liberales Europa ohne nachhaltige Sicherheit im öffentlichen Leben und gerade auch in Brüssel ist undenkbar. Die pannenreiche Anti-Terrorpolitik Belgiens hat im Übrigen den Nebeneffekt, den Anteil der BREXIT-Anhänger im Vereinigten Königreich zu erhöhen und auch hier sieht man die grenzüberschreitende Verbindung der Sicherheitspolitik der Länder der Europäischen Union.

Mit dem EU-Türkei-Abkommen werden sich die Flüchtlingsströme stärker Richtung Italien verlagern. Das wiederum könnte auch für Italien erhöhte Terrorgefahren und eine allmähliche politische Destabilisierung bedeuten. Unter den großen EU-Ländern sehen eigentlich nur Großbritannien und Spanien halbwegs stabil aus, wobei Spanien allerdings auch ernste Probleme hat. Im Fall Deutschlands ist die Destabilisierung mit der Flüchtlingspolitik von Merkel eingetreten, eine im Frühjahr 2015 bei 3% liegende populistische rechte Partei, die AfD, ist 2016 zweistellig in Landtage gekommen und bei weiteren Landtagswahl kann sich das ohne weiteres wiederholen. Bei den Bundestagswahlen 2017 ist ein Einzug der AfD ohnehin zu erwarten, eine weitere Schwächung von CDU und SPD wird die politische Mitte weiter erodieren lassen. Es ist nicht immer sinnvoll, historische Parallelen zu ziehen; dennoch sei hier daran erinnert, dass die NSDAP 1928 bei Wahlen kaum 3% erreichte, aber bei den Wahlen 1930 – im Schatten von drei Millionen Arbeitslosen – dann schon mit 18% zweitstärkste Partei wurde, und

zwar hinter der SPD (im Frühjahr 2015 lag die AfD bei 3% in den Wählerumfragen). Dabei profitierte die NSDAP 1930 stark von der um 7% gestiegenen Wahlbeteiligung.

Die Gefahr einer Disintegration der EU ist hoch. Es droht zunächst der EU-Austritt Großbritanniens, gefolgt vom Austritt anderer Länder aus der Europäischen Union; hinzu kommen wird eine beeinträchtigte Funktionsweise der EU-Institutionen in Brüssel – vermutlich über viele Jahre. Die Europäische Union, die schlecht funktioniert, wird längerfristig dann noch weniger arbeitsfähig sein. Von den beiden großen Alternativstandorten Strassburg und Luxemburg ist für EU-Institutionen eigentlich nur Luxemburg sicherheitsmäßig halbwegs positiv einzustufen. Es besteht die Gefahr, dass die Politik in Brüssel und Berlin und Paris so weiter macht wie bisher, behäbig, selbstzufrieden, unkritisch. Das liefe dann auf eine allmähliche Beerdigung der EU hinaus und langfristig die Selbstzerstörung Europas.